Ressort: Politik

Bund zahlt Opfern des Breitscheidplatz-Anschlags 2,7 Millionen Euro

Berlin, 18.09.2018, 16:57 Uhr

GDN - Der Bund hat bis Ende Juli 2018 sogenannte "Härteleistungen" in Höhe von rund 2,7 Millionen Euro an Opfer des Breitscheidplatz-Anschlags oder ihre Angehörigen ausgezahlt. Das geht aus einem Bericht der Bundesregierung hervor, über den die Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (Mittwochsausgaben) berichten und der am Mittwoch vom Bundeskabinett beraten wird.

Demnach belief sich die höchste bislang ausgezahlte Einzelsumme auf 350.000 Euro für einen Schwerstverletzten. Insgesamt seien 164 Anträge gestellt worden. Die Bundesregierung hatte die Härteleistungen nach dem Breitscheidplatz-Anschlag rückwirkend erhöht – etwa für hinterbliebene nächste Angehörige von 10.000 Euro auf 30.000 Euro. Das Bundesarbeitsministerium (BMAS) arbeitet dem Bericht zufolge derzeit an weiteren Verbesserungen im Entschädigungsrecht. Demnach ist geplant, Opfern von Gewalttaten schnellen und unbürokratischen Zugang zu Sofort- und Akuthilfen wie Traumaambulanzen zu ermöglichen. "Höhere Entschädigungszahlungen sind ebenfalls im Entwurf des BMAS vorgesehen", heißt es in der Kabinettvorlage.

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-112022/bund-zahlt-opfern-des-breitscheidplatz-anschlags-27-millionen-euro.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619